



PEACE 2016
LAB

Krisenprävention weiter denken

Impulse für die Leitlinien der Bundesregierung
„Krisen verhindern, Konflikte bewältigen,
Frieden fördern“

GPPI
GLOBAL PUBLIC POLICY
INSTITUTE

IMPRESSUM

Diese Publikation fasst die fachöffentliche Debatte zu den neuen Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ zusammen. Der PeaceLab2016-Prozess wurde von 39 Veranstaltern und 116 Autorinnen getragen. Das Global Public Policy Institute (GPPI) unterstützte die Debatte, betrieb den Blog und erstellte diese Zusammenfassung im Auftrag und mit finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amtes. Für das GPPI-Team waren dort Christian Jetzlsperger, Juliane Kabus und David Remmert die Hauptansprechpartner zum PeaceLab2016-Prozess. Für die offene und vertrauensvolle Zusammenarbeit über ein intensives Jahr möchte ihnen das GPPI-Team herzlich danken.

Der Inhalt dieser Publikation liegt in der alleinigen Verantwortung des GPPI-Redaktionsteams (Sarah Brockmeier, Aurélie Domisse, Philipp Rotmann und Mario Schulz).

Das PeaceLab2016-Team bei GPPI: Sarah Brockmeier, Philipp Dienstbier, Aurélie Domisse, Philipp Rotmann, Mario Schulz und Florian Winkler.

Design: TAU corporate creation, www.tau-berlin.de.

Bildnachweise: photothek.net (S. 15), Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (S. 22) und Polis180 (S. 6, 10 und 16).

Global Public Policy Institute (GPPI)
Reinhardtstr. 7, 10117 Berlin
Telefon +49 30 275 959 75-0
Fax +49 30 275 959 75-99
gppi@gppi.net
www.gppi.net

Grusswort

Am 14. Juni 2017 hat das Bundeskabinett die Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ verabschiedet. Sie ergänzen das „Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ von 2016 um einen gleichwertigen, primär zivilen Pfeiler deutscher Friedens- und Sicherheitspolitik. Damit setzen wir ein deutliches Zeichen, dass Deutschland seine wachsende internationale Verantwortung nicht nur militärisch, sondern vor allem politisch, präventiv und zivil wahrnehmen wird.

In den Leitlinien geben wir uns zum ersten Mal ein klares Leitbild, das unser Handeln in der Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung aus den Werten und Interessen der deutschen Außenpolitik ableitet. Die Leitlinien setzen Prioritäten und bauen Strukturen aus, um gemäß unserem Auftrag im Grundgesetz noch besser „dem Frieden der Welt zu dienen.“

Dass dies gelungen ist, ist vor allem denjenigen zu verdanken, die sich über das vergangene Jahr hinweg im PeaceLab2016 an der Debatte um die Leitlinien beteiligt haben: Sie haben mehr als 100 Beiträge für den PeaceLab2016-Blog verfasst, 27 Veranstaltungen organisiert oder zusammen mit über 1.800 Teilnehmenden auf den Veranstaltungen mitdiskutiert. Mein herzlicher Dank gilt ihnen allen! Ich freue mich sehr, dass auch über die schwierigsten Fragen mit viel Elan gestritten wurde. Viele Anstöße, Ideen und Erfahrungen sind in die Leitlinien eingeflossen.

Daher bin ich auch sehr dankbar für diese Zusammenfassung und Aufbereitung der Argumente des PeaceLab2016. Sie sind eine gute Grundlage für die weitere Diskussion. Ich lade Sie herzlich ein, den offenen und konstruktiven Dialog mit der Verabschiedung dieses Regierungsdokuments nicht abreißen zu lassen. Ich bin stolz auf das, was wir mit den Leitlinien erreicht haben, doch wir wissen auch, dass wir mit dem „weiter denken“ nie fertig sein können. Im Gegenteil: Die Leitlinien geben den Anstoß dafür, viele Einzelfragen weiter zu diskutieren – sei es die richtige Herangehensweise an Sicherheitssektorreformen oder die Förderung der Rechtsstaatlichkeit, sei es die Unterstützung von Prozessen der Vergangenheitsbewältigung oder die Verbesserung unserer Frühwarnsysteme. Auch für diese kommenden Schritte brauchen wir Ihre Unterstützung. Die Leitlinien sind ein Aufbruch. Kommen Sie mit uns!

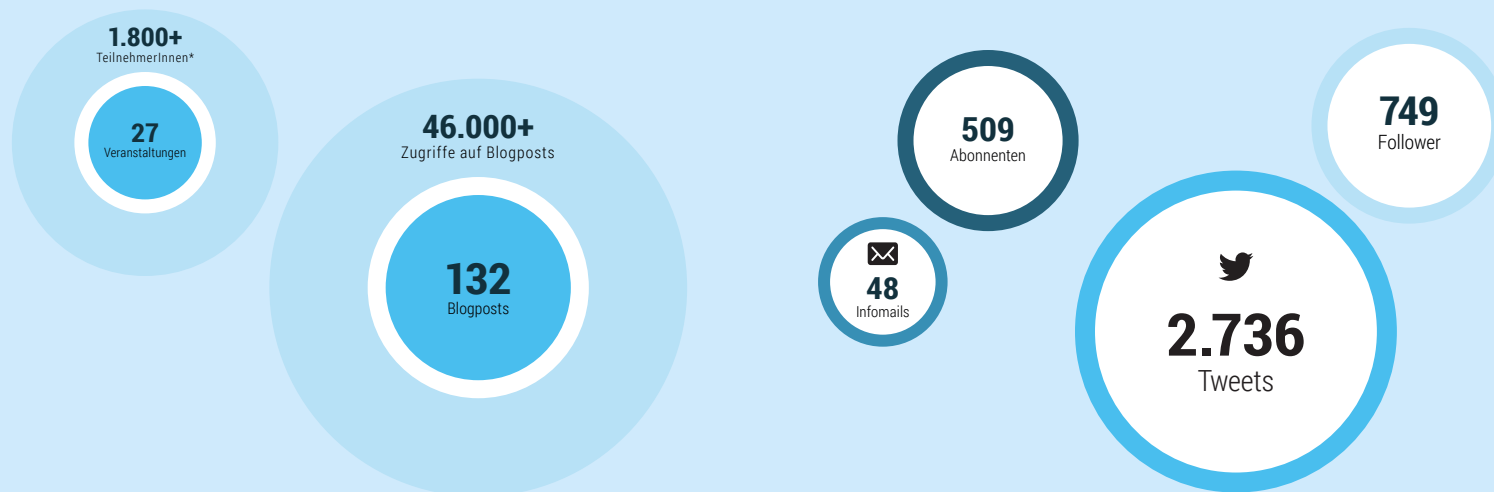


Sigmar Gabriel, Bundesminister des Auswärtigen

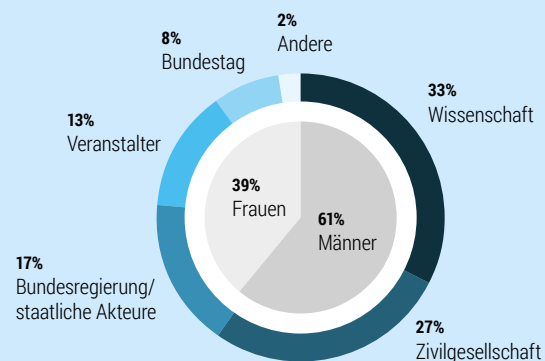


Reichweite & Beteiligung

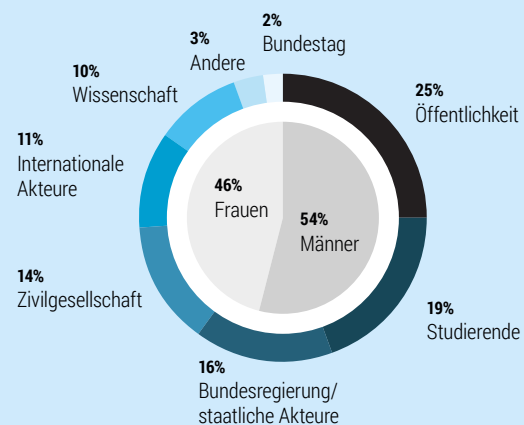
Stand: 5. Juli 2017



116 AUTORINNEN AUF DEM BLOG



MEHR ALS 1.800 TEILNEHMERINNEN* AN 27 VERANSTALTUNGEN



* Mit Mehrfachteilnahmen. Mehr als 1.500 Einzelpersonen haben an Veranstaltungen teilgenommen; über 200 davon mehrfach.

Die PeaceLab2016-Debatte

Meine Damen und Herren, wir brauchen Sie! Ihre kritischen Fragen. Ihre Erfahrungen, Ihre Einwürfe und Ihre Anregungen. Wir wollen offen diskutieren, wo wir bereits gut arbeiten und wo und wie wir noch besser und effizienter werden können.

Mit diesen Worten eröffnete der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier am 5. Juli 2016 das „PeaceLab2016: Krisenprävention weiter denken.“ Zwischen Sommer 2016 und Frühjahr 2017 diskutierten Vertreterinnen der Ressorts für Außen-, Entwicklungs-, Innen- und Verteidigungspolitik und Abgeordnete aller Bundestagsfraktionen mit Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Durchführungsorganisationen, Studierenden, Medien, Wirtschaft und interessierten Bürgern. Im Mittelpunkt stand die Frage: Wie weiter mit der deutschen Politik für Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung? Zivile Ansätze standen dabei im Mittelpunkt.

Die Beteiligung an der Debatte übertraf alle Erwartungen. Angesichts der außenpolitischen Review2014, des sicherheitspolitischen Weißbuchs 2016 und des parallel diskutierten Entwicklungspolitischen Berichts der Bundesregierung 2017 war eine gewisse Debattenmüdigkeit zu erwarten. Das Leitlinien-Team im Auswärtigen Amt und das PeaceLab2016-Team beim Global Public Policy Institute (GPPi) hatten mit fünf oder sechs Veranstaltungen und knapp 50 Artikeln auf dem Blog gerechnet. Doch die Debatte entwickelte eine solche Anziehungskraft, dass 39 engagierte Veranstalter insgesamt 27 Konferenzen und Workshops auf die Beine stellten; über 1.800 Teilnehmer waren dabei. 116 Autorinnen verfassten 132 Artikel. Auch im zuständigen Unterausschuss im Bundestag wurden die Leitlinien mehrfach diskutiert. Dadurch entstand eine „Community, die es so zuvor noch nicht gab, die sich vielmehr in dieser Breite und Vielfalt erst durch den Prozess selbst konstituiert hat,“ schrieb Jörn Grävingholt (Beirat Zivile Krisenprävention).

Diese Publikation ist der Versuch, einen Eindruck von der Vielfalt der Meinungen und Empfehlungen aus kleinen Workshops und großen Diskussionsveranstaltungen, aus Blogbeiträgen und Tweets zu vermitteln. Die Auswahl durch das PeaceLab2016-Team bei GPPi erfolgte nicht nach Vollständigkeit, aber möglichst nach Repräsentativität der Themen und Positionen sowie der Konsens- und Streitpunkte. Auf www.peacelab2016.de finden Sie weiterhin alle Blogbeiträge und Zusammenfassungen der Veranstaltungen, auf www.diplo.de/leitlinien die letztendlich verabschiedeten Leitlinien.

Youth in the context
of peaceful settlements
& conflict transformation



Deutschlands Rolle in Krisenprävention und Friedensförderung

Deutschlands Rolle in Krisenprävention und Friedensförderung

Dass Millionen von Menschen in den letzten Jahren aus Ländern wie Syrien und Irak nach Europa fliehen mussten, machte die Defizite der internationalen Krisenprävention und das Fehlen einer kohärenten Strategie auch in Deutschland überdeutlich. Die Krisen im Nahen Osten, der Konflikt in der Ukraine, das Brexit-Referendum und die Wahl Donald Trumps in den USA sind nur einige der Ereignisse, die hierzulande zum Gefühl eines neuen, permanenten Krisenmodus beitragen. Gleichzeitig findet ein tiefgreifender Wandel der internationalen politischen und wirtschaftlichen Ordnung statt. Beide Trends stellen neue und größere Ansprüche an internationales Krisenengagement.

Roderich Kiesewetter (CDU) und Niels Annen (SPD) plädierten deshalb dafür, mit den Leitlinien einen politischen, institutionellen und finanziellen Rahmen zu schaffen, damit die Bundesregierung deutsche Beiträge zu europäischen und internationalen Anstrengungen in Zukunft strategiegeleitet einsetzen könne. Die meisten anderen Fachpolitikerinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft stellten ähnliche Forderungen.

Das deutsche Engagement für (zivile) Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung müsse insgesamt gestärkt sowie auf Grundlage selbstkritischer Lernprozesse präventiver, kohärenter und strategischer werden – aber auch politischer. Politischer meint, dass weder militärische Gewalt noch Beratungs-, Bau- und Ausstattungsprojekte allein Konfliktursachen beseitigen können. Das können nur die Menschen vor Ort – wenn sie es schaffen, langfristig politische Machtverhältnisse zu verändern, Gewalt einzudämmen und Konflikte auf friedlichen Wegen auszutragen. Statt ihnen dazu „technische Anleitungen zu liefern oder sie mal eben drei Wochen auszubilden,“ so beispielsweise Franziska Brantner (Grüne), „wird es nötig sein, sich auf die politischen und kulturellen Gegebenheiten vor Ort einzulassen,“ um wirksamer zu helfen.

Deutsche wie internationale Expertinnen schrieben Deutschland eine wachsende Verantwortung zu. Die Bundesrepublik sollte eine Führungsrolle im europäischen Krisenengagement übernehmen, sowohl mit Blick auf konkrete Krisen als auch als Motor für Reformen und für eine kohärentere gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in der Europäischen Union (EU) im Rahmen der EU Global Strategy, so die Teilnehmer des Brüsseler PeaceLab2016-Workshops am 11. November 2016.

Crises are unavoidable. But more strategic political engagement would be Germany's best investment to help pull the world back from its permanent crisis mode.

*Comfort Ero,
International Crisis Group*

Es geht darum, dass der – völlig unbestrittene – Primat der (zivilen) Politik deutlich mehr Muskeln und klare Orientierung bekommt.

*Winfried Nachtwei,
Beirat Zivile Krisenprävention*

Don't run social change programs as if they were industrial maintenance procedures: technical, cost effective, and following a strict schedule. Social change is too unruly.

*Erwin van Veen,
Clingendael Institute*

While Germany is firmly in the western camp, the fact that it has not embraced all the western adventures puts it in a good position to act as a bridge-builder.

*Jean-Marie Guéhenno,
International Crisis Group*

Das Fehlen eines kolonialen Rucksacks lässt Deutschland vor allem in vielen Ländern des Südens als vermittelnden Partner in Friedensprozessen willkommen erscheinen.

*Hans-Joachim Giessmann,
Berghof Foundation*

Es spricht nichts gegen eine bessere Koordination oder ein besseres Schnittstellenmanagement, aber es darf kein „Verzahnungsdogma“ geben.

*Bärbel Dieckmann,
Welthungerhilfe*

Deutschland sei in einer einzigartigen Position, um Europas Fähigkeiten zum präventiven Krisenmanagement auszubauen, argumentierte Jean-Marie Guéhenno (International Crisis Group). Aufgrund des großen Vertrauens, das Berlin in Mittel- und Osteuropa aufgebaut habe, könne Deutschland nun helfen, die konkurrierenden geographischen Prioritäten Europas – östliche Nachbarschaft einerseits und Afrika, vor allem Nordafrika und die Sahel-Region, andererseits – zu vereinen.

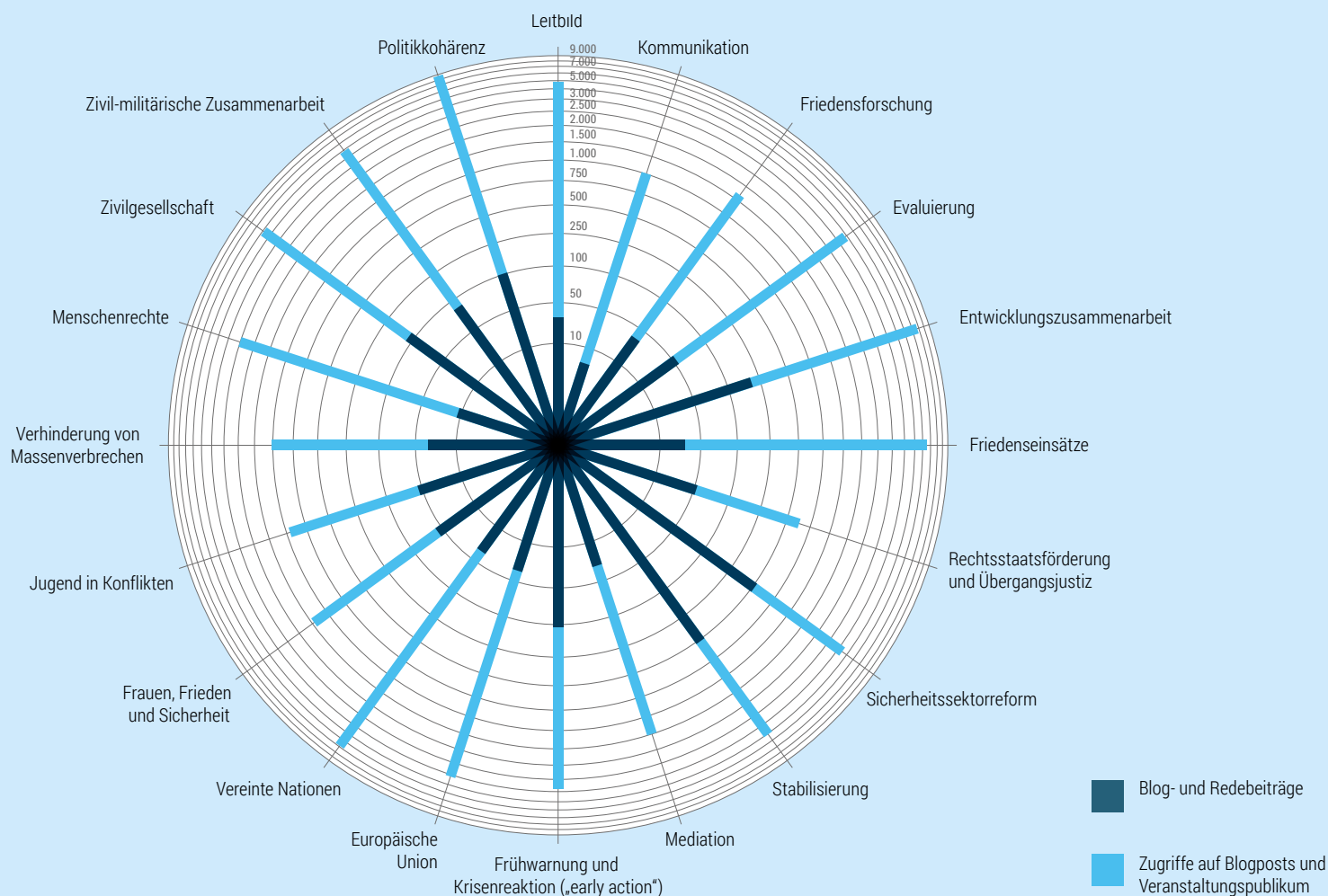
Zumindest ein Einstieg in eine geographische Schwerpunktsetzung und damit verbunden ein stärkeres Engagement in Afrika seien unabdingbar, so zum Beispiel auch Isabel Pfaff (Süddeutsche Zeitung) und Mathias Krämer (Universität der Bundeswehr Hamburg). Dabei könne Deutschland auch außerhalb Europas auf seine hohe Glaubwürdigkeit bauen, nicht zuletzt aufgrund seines politischen und wirtschaftlichen Gewichts, des Umgangs mit seiner Geschichte und seines verlässlichen Multilateralismus.

Die Einigkeit hinsichtlich der Erwartungen hatte aber auch Grenzen. Aus französischer Sicht zum Beispiel komme es darauf an, dass Deutschland den im Weißbuch 2016 formulierten Anspruch umfassender militärischer Fähigkeiten tatsächlich realisiere. Auch Post-Konflikt-Situationen erforderten die Fähigkeit, „flexibel zwischen zivil-militärischer Friedenskonsolidierung, robustem Friedenseinsatz, asymmetrischer Kriegsführung und direktem Kampfeinsatz umschalten zu können“, so Manuel Lafont Rapnouil (European Council on Foreign Relations, Paris). Berlin müsse bereit sein, sowohl politisch als auch militärisch mehr Risiken einzugehen. So weit gingen selbst die deutschen Befürworter einer engeren Integration mit militärischen Beiträgen in ihren Forderungen nicht, von den Gegnern einer solchen Verzahnung ziviler und militärischer Instrumente ganz zu schweigen.

Die zivilen und zivilgesellschaftlichen Instrumente zu stärken war Anspruch und zentraler Beitrag des Aktionsplans Zivile Krisenprävention der Bundesregierung von 2004. Die neuen Leitlinien, die diesen Aktionsplan ersetzen sollen, dürften keinesfalls hinter das damals Erreichte zurückfallen, so die verbreitete Sorge in der organisierten Zivilgesellschaft. Dies betrifft neben dem Primat des Zivilen auch den friedenspolitischen Kohärenzanspruch für alle Ministerien, einen umfassenden Begriff der menschlichen Sicherheit und regelmäßige Berichtspflichten der Bundesregierung gegenüber Bundestag und Öffentlichkeit.

Themenvielfalt & Interesse

Die PeaceLab2016-Debatte beschäftigte sich mit einer Vielzahl von Themen, die hier anhand der Schlagworte des Blogs (inklusive der Beiträge über die Veranstaltungen) dargestellt sind. Manche Themen regten mehr Autorinnen und Redner zu Beiträgen an als andere; zu wieder anderen Themen erreichten wenige Beiträge ein enormes Publikum, das heißt hohe Teilnehmerzahlen bei Veranstaltungen und hohe Zugriffszahlen auf die betreffenden Blogartikel.





Ein friedenspolitisches Leitbild

Juliane Kabus

Ein friedenspolitisches Leitbild

Die Forderung nach einem „friedenspolitischen Leitbild“ für das deutsche Krisenengagement und die Debatte über seine Ausgestaltung standen im Zentrum des gesamten PeaceLab2016-Prozesses: Das Leitbild war Thema in mindestens 18 Blogbeiträgen und fünf Veranstaltungen. Die Erwartungen an ein solches Leitbild waren enorm: Am besten sollte es all die traditionellen Spannungen zwischen Werten und Interessen, zivilen und militärischen Mitteln, Prävention und Reaktion, „Friedenslogik“ und „Sicherheitslogik“ neu justieren oder gar auflösen, und das in ganz unterschiedliche Richtungen.

PRIMAT DES ZIVILEN: ZIVILE LOGIK, ZIVILE MITTEL, ZIVILES GELD?

Ein Angelpunkt dieser Diskussion war das Schlagwort vom Primat des Zivilen und damit verbunden die Diskussion um die Rolle des Adjektivs „zivil“ im Titel der neuen Leitlinien. Viele der deutschen Autorinnen und Workshop-Teilnehmer forderten, in den Worten von Martina Fischer (Brot für die Welt), „das eklatante Missverhältnis bei der Mittelverteilung für zivile und militärische Instrumente zu korrigieren,“ auch damit nicht weiterhin militärische Kräfte für Aufgaben eingesetzt würden, die andere Akteure besser erfüllen könnten. Für viele Teilnehmerinnen implizierten mehr Aufmerksamkeit und mehr Ressourcen für zivile Instrumente fast automatisch eine wirksame Schwerpunktsetzung auf die langfristige Prävention von Gewalt.

Die aktuelle Debatte um höhere Verteidigungsausgaben lässt erwarten, dass das derzeitige 70:30-Verhältnis zwischen Verteidigungsetat einerseits und Außen- und Entwicklungsetats andererseits weiter zugunsten der Streitkräfte verschoben wird. Notwendig sei allerdings, so Philipp Rotmann (Global Public Policy Institute), „nicht nur eine Finanzspritze für die Bundeswehr, sondern ein strategischer Ausbau der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik insgesamt, als Instrumente einer übergeordneten Friedens- und Sicherheitspolitik im europäischen Rahmen.“ Dazu gehöre ein massiver Ausbau politischer Analyse- und Steuerungsfähigkeiten sowie ziviler Instrumente. Ob ein solcher Ausbau auf Kosten des Militärs oder im Sinne des vernetzten Ansatzes parallel zur Weiterentwicklung der Bundeswehr erfolgen sollte, war umstritten.

PRIMAT DES POLITISCHEN: ERST DIE STRATEGIE, DANN DIE INSTRUMENTE

Letztlich sei nicht der Primat des Zivilen entscheidend, sondern der „Primat des Politischen,“ so argumentierte etwa Klaus Naumann vom Hamburger Institut für Sozialforschung: Wichtig sei,

Ein friedenspolitischer Fokus ist mehr als eine normative Positionierung. Er ist notwendige Voraussetzung einer nachhaltigen und globalen Sicherheitspolitik.

*Ursula Schröder,
Freie Universität Berlin*

Notwendig sind mutige Vorschläge, wie die Dominanz des Militärischen im außenpolitischen Handeln zurückgedrängt werden könnte.

*Kathrin Vogler,
LINKE*

Die immer komplexeren Krisen und Konflikte verlangen eine engere Vernetzung von Diplomatie, Entwicklungspolitik, zivilen Akteuren und Streitkräften als bisher.

*Ursula von der Leyen (CDU),
Verteidigungsministerin*

It is not enough to reaffirm the primacy of politics; concrete ideas backed by actual leverage and ultimately actions are needed for political solutions.

*Elisa Lux,
ehemals Vereinte Nationen*

Prävention muss möglich sein, auch wenn Syrien brennt.

PeaceLab2016-Workshop am 20. Oktober 2016

Gut wäre, nicht nur den Aktionsplan zu aktualisieren, sondern mutig ein Konzept der Friedensförderung für die gesamte deutsche internationale Politik vorzulegen.

*Cay Gabbe,
Bundesbeamter i. R.*

dass jegliches deutsches Engagement in eine politische Strategie eingebettet würde. Instrumente dürften nicht zum Selbstzweck werden. „Beispielsweise können die Stabilisierung fragiler politischer Institutionen oder die Ertüchtigung einzelner Sicherheitskräfte nicht als Politikziele an sich gelten, sondern müssen als kurz- und mittelfristige Programme in einer spezifischen Konfliktphase einer friedenspolitischen Zieldimension untergeordnet werden,“ so Ursula Schröder (Freie Universität Berlin) stellvertretend für viele weitere Beiträge und Wortmeldungen.

Ganz konkret hieße das, wie auch viele andere Teilnehmer warnten, nicht zu technokratisch zu agieren sowie die Arbeit der Botschaften vor Ort und die politische Analyse und Kommunikation aufzuwerten. Nur auf dieser Grundlage könnten handelnde Akteure vor Ort und in Berlin immer wieder neu Spielräume erkennen und ihr Handeln anpassen.

PRIMAT DER PRÄVENTION: EIGENE STRUKTUREN UND MITTEL SCHAFFEN

Prävention ist unbestritten politische Priorität, doch in der Praxis fließt der Großteil der finanziellen, personellen und politischen Ressourcen der Bundesregierung in die Bewältigung von Krisen, die bereits ausgebrochen sind. Schon der begriffliche Fokus auf „Krisen“-Prävention impliziert eine kurzfristige Orientierung.

Die meisten Teilnehmerinnen forderten einen klaren Vorrang für präventive und langfristige Ansätze statt der bloßen Reaktion auf Krisen und Bedrohungen, mit entsprechenden Folgen für Entscheidungsstrukturen, Haushaltsmittel und Personalressourcen. Zum Beispiel sollte eine separate interministerielle Koordinierungsinstanz für Frühwarnung und präventives Handeln geschaffen werden, auf deren Tagesordnung die Früherkennungsdiskussionen gerade nicht in ständiger Konkurrenz zu den aktuellen Krisen stünden. Das gleiche Prinzip gelte für die Abschottung eines Haushaltstitels für Prävention, damit die verfügbaren Mittel nicht mehr vom endlosen Bedarf akuter Krisen monopolisiert würden.

POLITIKKOHÄRENZ: IST FRIEDEN NUR DIE AUFGABE VON VIER MINISTERIEN?

„Dem Frieden der Welt zu dienen,“ wie es die Präambel des Grundgesetzes formuliert – ist das eines von vielen politischen Zielen, gleichberechtigt mit der Sicherung von Arbeitsplätzen, oder sollte Friedensförderung eine übergeordnete Bedeutung für das gesamte internationale Handeln Deutschlands erhalten? In der PeaceLab2016-Debatte forderten die meisten eine klare Entscheidung für ein übergeordnetes Ziel der Friedensförderung, sowohl aus deutschem Eigeninteresse als auch aus ethischer Verantwortung. Daraus ergäbe sich ihre Verankerung als Querschnittsauf-

gabe aller Ressorts, nicht nur der Kernressorts, deren Minister Sigmar Gabriel (allerdings noch als Wirtschaftsminister), Ursula von der Leyen, Gerd Müller und Thomas de Maizière das Thema bereits als gemeinsame Aufgabe aller Kabinettskollegen sehen. Der Überwindung des Silo-denkens zwischen den Politikfeldern widmete sich auch die PeaceLab2016-Veranstaltung am 8. September 2016 zur Agenda 2030.

Jörn Grävingholt (Beirat Zivile Krisenprävention) war nicht der einzige, der in diesem Zusammenhang mehr kritische Selbstreflexion der direkten und indirekten Auswirkungen deutscher Politik auf Gewaltkonflikte einforderte. Eine ressortübergreifende Friedensverträglichkeitsprüfung, so der Vorschlag von Christoph Bongard (Forum Ziviler Friedensdienst), wäre eine Idee dafür. So ein „Konflikt-TÜV“ könnte auf entwicklungspolitische Methoden wie dem do-no-harm-Ansatz oder dem Peace and Conflict Impact Assessment aufbauen und diese weiterentwickeln.

MENSCHENRECHTE SCHÜTZEN, MASSENVERBRECHEN VERHINDERN

Menschenrechte schützen, Krisen verhindern und Frieden fördern – für viele PeaceLab2016-Teilnehmerinnen gehörte dies zusammen. Der Schutz von Menschenrechten sollte für Deutschland absoluten Vorrang haben, das Konzept der unteilbaren Menschenrechte erlaubt keine Priorisierung. Gleichzeitig sind politische, finanzielle und personelle Ressourcen endlich und Zielkonflikte mit ganz anderen politischen Erwartungen, zum Beispiel der Exportförderung, sind unvermeidlich.

Eine Reihe deutscher und internationaler Experten forderte, die Verhinderung von Massenverbrechen als Top-Priorität in den neuen Leitlinien zu verankern. Dies sei notwendig, so die Teilnehmerinnen des PeaceLab2016-Workshops am 20. Oktober 2016, um begrenzte Ressourcen angesichts der Vielzahl von Konflikt- und Krisenrisiken dort einzusetzen, wo die Konfliktfolgen am schwerwiegendsten sind.

Atrocity Prevention sollte dabei nicht in Konkurrenz zur Konfliktprävention treten, schrieb zum Beispiel Gregor Hofmann (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung), sondern diese ergänzen. Der Blick auf Massenverbrechen könne eine besondere Aufmerksamkeit dafür schaffen, das humanitäre Völkerrecht zu verteidigen, Zufluchtsorte für Verfolgte zu schaffen sowie Racheakte und Siegerjustiz zu verhindern. Dafür müsse Deutschland mehr Sicherheitskräfte ausbilden und dabei Monitoring-Systeme schaffen, damit die Trainingsteilnehmer nicht selbst Massenverbrechen begingen. Ein wichtiger Hebel sei zudem die konsequente Durchsetzung des Völkerstrafrechts während und nach Konflikten, argumentierte Pauline Brosch (Global Public Policy Institute).

Abrüstung, Rüstungskontrolle und eine restriktive Rüstungsexportpolitik können dazu beitragen, dass Konflikte nicht zu Kriegen oder Bürgerkriegen werden.

*Ute Finckh-Krämer,
SPD*

The German government should affirm that it is a core collective security interest and moral responsibility to act to prevent atrocities.

*Tod Lindberg,
Stanford University*



PeaceLab2016 @PeaceLab2016 13. Nov. 2016
German crisis prevention should focus on preventing atrocities – recommendations of #PeaceLab2016 workshop in Berlin: [www.peacelab2016.de/ ...](http://www.peacelab2016.de/)



10



3

Die Überwindung systematischer Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierung ist immer auch politisch und daher mittelfristig konfliktgeladen.

*Beate Rudolf,
Deutsches Institut für Menschenrechte*

Frieden wird meist in lokalen Prozessen errungen. Daher müssen Prävention und Transformation von Gewaltkonflikten auch vor Ort verankert sein.

*Jürgen Deile,
Konsortium Ziviler Friedensdienst*

Gesellschaftlicher Wandel muss gelebt werden. Wir müssen uns von einem administrativen Vorgehen verabschieden.

*Franziska Brantner,
Grüne*

Menschenrechtsschutz kann sich aber natürlich nicht in der Prävention von Massenverbrechen erschöpfen. Deutschland, so die Teilnehmerinnen der PeaceLab2016-Debatte, sollte sich insbesondere mehr für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern und demokratischen Kräften einsetzen. Menschenrechtsgegner gingen immer vehementer gegen Aktivisten vor. Deutsche Diplomattinnen sollten die Menschenrechtslage vor Ort genau beobachten und im regelmäßigen Austausch mit Aktivisten stehen. Die Entscheidung über öffentlichen Druck bedürfe allerdings in jedem Einzelfall der sorgfältigen Abwägung: Nicht immer schafft öffentliches Eintreten Schutz, manchmal führt es auch zu einer noch größeren Gefährdung.

PeaceLab2016-Beiträge reflektierten auch die gefährlichen Zielkonflikte, die zwischen Krisenprävention und Menschenrechtsschutz entstehen können. Gerade bei Fragen individueller strafrechtlicher Verantwortung und Reparationen sei es deshalb besonders wichtig, mit den beteiligten Parteien zu sprechen und kontextsensible Instrumente der Konfliktbearbeitung zu nutzen. Menschenrechtsförderung sei immer langwierig und häufig gebe es Rückschläge, daher seien institutionelles Lernen, taktische Innovation und Flexibilität unabdingbar.

TRANSFORMATIONSANSPRUCH UND KONTEXTSENSIBILITÄT

Auch das Spannungsfeld zwischen notwendiger Kontextsensibilität einerseits und notwendigen Transformationsansprüchen andererseits war Thema. In Ländern wie dem Irak komme Stabilisierung vor Demokratisierung, argumentierte Markus Ederer (Auswärtiges Amt) bei der PeaceLab2016-Veranstaltung am 14. Dezember 2016. Andere Beiträge entgegneten, ohne anspruchsvolle Ziele zur gesellschaftlichen Transformation seien deutsche und europäische Interessen nicht zu sichern – von wertekonformer Außenpolitik ganz zu schweigen. Ziel müsse die Schaffung „umfassender menschlicher Sicherheit für alle“ sein, so Elisabeth Strohscheidt (MISEREOR).

Dabei seien eigene Erwartungen immer an den lokalen Gegebenheiten zu messen und gegebenenfalls anzupassen. Statt Blaupausen zu exportieren, sollten Geber lokale Akteure dazu befähigen, den demokratischen Übergang selbst zu steuern, und dafür Dialog- und Handlungsräume schaffen. Die lokale Kultur bilde den Rahmen für jede Intervention: Nur kulturelle Sensibilität könne die Akzeptanz der Maßnahmen erhöhen und lokalen Aneignungsprozessen genügend Raum geben.

Peace Lab 2016-Krise

Berlin



PEACE
LAB
KRISENPRÄVENTION WEITER DENKEN.

Ansätze & Instrumente für die Friedens- förderung



Ansätze & Instrumente für die Friedensförderung

Welche Ansätze und Instrumente müssen verbessert werden, um die Friedensförderung effektiver zu gestalten? Die Teilnehmerinnen und Autoren der PeaceLab2016-Debatte diskutierten insbesondere die Instrumente Mediation, Ertüchtigung und Sicherheitssektorreform (SSR), Transitional Justice und Rechtsstaatsförderung. Die Friedenseinsätze der Vereinten Nationen (UN) waren ein Schwerpunktthema des Blogs, während EU-, OSZE- und NATO-Einsätze vor allem in einem PeaceLab2016-Workshop am 13. Oktober 2016 in Brüssel zur Sprache kamen. Quer durch alle Diskussionen über Ansätze und Instrumente zog sich der Aufruf, die Potenziale und Bedürfnisse junger Menschen und Frauen stets angemessen zu berücksichtigen.

KONTEXTUNTERSCHIEDE UND ZIELKONFLIKTE

Die PeaceLab2016-Diskussion umfasste alle Aspekte der Friedensförderung von der langfristigen, strukturellen Konflikt- und Gewaltprävention über akute Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Stabilisierung bis zu nachhaltiger Friedenskonsolidierung. „Die enormen Opportunitätskosten der Reparatur von Kriegsschäden und die sozialen Kosten massenhafter Flucht und Migration,“ argumentierte Rüdiger König (Auswärtiges Amt), „stehen in keinem Verhältnis zu den Aufwendungen für vorbeugende Krisendiplomatie oder präventiver und krisenbegleitender Instrumente.“ Auch wenn die Annahme der Kosteneffizienz wirksamer Prävention nicht ohne Widerspruch blieb, so war doch Konsens, dass „vorbeugen besser als heilen“ sei, so Nicole Deitelhoff und Christopher Daase (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung).

„Die Bekämpfung von strukturellen Ursachen von Krisen und Konflikten muss im Vordergrund unseres Engagements stehen,“ schrieb Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU). Bei den strukturellen, politischen und sozialen Ursachen von Konflikten setze insbesondere die Entwicklungszusammenarbeit an. „Wir brauchen eine vernetzte Entwicklung für menschliche Sicherheit.“

Wenn Prävention scheitert, geht es um die schnelle Eindämmung der Gewalt und die Schaffung neuer politischer Kanäle, um den Konflikt wieder friedlich zu bearbeiten. Neben und nach der Krisendiplomatie müssten zunehmend kurzfristige, zivile Stabilisierungsinstrumente schnell und flexibel die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort verbessern, so unter anderem der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD). Stabilisierung sei nach Auffassung der Bundesregierung somit ein Zwischenziel auf dem Weg zu nachhaltiger Friedensförderung, wie

Nirgendwo auf der Welt können Konflikte gelöst und Frieden geschaffen werden, wenn dabei eine Hälfte der Bevölkerung außer Acht gelassen wird.

*Sonja Schiffrers und Vera Lamprecht,
Polis180*

The strategic goal of stabilization is to support a political process that prevents or ends escalations of violence and creates the conditions for a sufficiently inclusive political settlement, which fosters sustainable peace in the long run.

PeaceLab2016-Workshop am 19. Oktober 2016

Reconstructing a road may be an urgent and meaningful stabilisation activity; but it will only serve a long-term peacebuilding purpose if we build up the civilian capacity to maintain and administer a country's road system.

*Helga Maria Schmid,
European External Action Service*

Germany needs to get better at analyzing what drives decisionmakers and at building trust and lasting relationships with political leaders in fragile states.

*Richard Gowan,
European Council on Foreign Relations*

auch Entwicklungsminister Gerd Müller deutlich machte. Darüber hinaus fehle aber noch ein gemeinsames Konzept für Stabilisierung zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Entwicklungsministerium, um die Anschlussfähigkeit kurzfristig-reaktiver Stabilisierungsinstrumente zu längerfristig-entwicklungspolitischen Instrumenten zur Friedenskonsolidierung zu verbessern.

Der Umgang mit Zielkonflikten sei dabei entscheidend, das wurde in vielen Veranstaltungen und Beiträgen deutlich: Kurzfristig seien Bescheidenheit und Realismus gefragt und nicht die großen Pläne für demokratische Transformation. Langfristig sei aber, so eine Mehrheit der Beiträge, gesellschaftliche Transformation entscheidend.

POLITISCHES ENGAGEMENT: DIPLOMATIE UND MEDIATION AUSBAUEN

Weder militärische noch technokratische, nur „politische Lösungen“ schaffen Frieden – das war Konsens quer durch die PeaceLab2016-Debatte. Politische Lösungen erfordern zunächst vor allem politisches Engagement, und hier identifizierte die Debatte vor allem zwei große Defizite.

Die Analyse von Konfliktrisiken, vorbeugende Diplomatie und politische Steuerung werden vor allem vom Auswärtigen Amt erwartet, doch gerade dort hat die massive Steigerung der Projektmittel zu einer Schieflage geführt: Es fehlen die Diplomaten, um solche Projekte politisch so zu steuern, dass sie effektiv auf kurzfristige Veränderungen der Konfliktodynamik reagieren können. „Genau dort, wo die Bundesregierung nicht müde wird, die Bedeutung von Dialog zu betonen, ist niemand vor Ort, der diesen führen könnte. Wer es ernst meint mit dem Ruf nach mehr Engagement in der Krisenprävention und Friedensförderung“, argumentierte Sarah Brockmeier (Global Public Policy Institute), der sollte nicht nur mehr Geld für Entwicklung oder Streitkräfte, sondern vor allem für Personal im Auswärtigen Amt fordern.

Vor allem aber war breiter Konsens, dass die Ressourcen und Fähigkeiten für Friedensmediation und Mediationsunterstützung als ein „deutsches Markenzeichen“ ausgebaut werden müssten. Dafür sei Deutschland nicht nur ausgezeichnet positioniert, sondern habe bereits erhebliche institutionelle Kapazitäten aufgebaut. Zusätzlich sollte die Bundesregierung beispielsweise Mediation als eigenständigen Bestandteil in die Diplomatenausbildung integrieren. Vor Ort sollte mehr Teilhabe von Frauen in Track-1-Friedensprozessen, zum Beispiel durch Geschlechterquoten, sichergestellt werden. Auch der Stellenwert von Mediationsmethodik durch Trainings müsse erhöht werden, damit der Erfolg nicht mehr nur von politischem Einfluss abhängt, sondern auch methodische Kompetenz genutzt würde. Zudem könnten Bundestagsabgeordnete sowie andere ehemalige hochrangige Politiker wie Ex-Bundespräsidenten als aktive Vermittler auftreten.

SICHERHEIT: VON TECHNISCHER ERTÜCHTIGUNG ZU POLITISCHER ARBEIT

Unbestritten war auch die Notwendigkeit einer Schwerpunktsetzung auf die Unterstützung staatlicher Partner bei der Herstellung menschlicher Sicherheit, das heißt Sicherheit für die Bevölkerung statt (nur) Sicherheit für die Herrschenden. Mit den Themen Ausbildung/Ausstattung („Ertüchtigung“) und Sicherheitssektorreform befassten sich ein Dutzend Beiträge und mehrere Workshops.

Stefan Liebich (LINKE) forderte die Selbstverpflichtung zu einem Waffenexportverbot, zumindest in Krisenregionen; ähnliche Positionen äußerten auch viele andere im PeaceLab2016-Prozess. Auch die Befürworter von Ausbildungs- und Ausstattungshilfe als notwendigem Stabilisierungsinstrument machten die Risiken deutlich: Ausrüstung bis hin zu Waffen können in falsche Hände geraten und selbst zum Instrument von Repression werden. Deutschland fehle eine umfassende Ertüchtigungsstrategie, die Dilemmata ehrlich anspreche und daraus strikte Bedingungen für Waffenlieferungen und Ausbildungshilfe ableite.

Die meisten Debattenbeiträge gingen noch weiter: Ausbildungs- und Ausstattungsprogramme seien im besten Fall unwirksam und im schlimmsten Fall kontraproduktiv, wenn sie nicht auf einer soliden politikökonomischen Lage- und Wirkungsanalyse beruhten und als Mittel im Dienst klarer politischer Ziele eingesetzt würden. Die Bundesregierung müsse anerkennen, dass es bei Sicherheitspolitik in fragilen Kontexten um den Kern von Macht- und Gewaltausübung geht, also eminent politische und hochexplosive Balancen, die mit Beratung, Ausbildung oder Ausstattung allein nicht wirksam zu beeinflussen seien.

Im Kern gehe es um politische Veränderungen, wer zu welchem Zweck Gewalt ausüben darf. Meist fehle das nötige hochrangige politische Engagement von deutscher Seite, wenn die politischen Rahmenbedingungen für Veränderungen bestünden. Langfristige, geduldige Arbeit vor Ort könne dabei helfen, solche „Reformfenster“ zu öffnen – doch dazu müsste gerade die Außenpolitik bereit sein, an sensiblen Themen der sicherheitspolitischen Verfasstheit langfristig zu arbeiten und ihre Implementierungspartner und Militärberatergruppen nicht mit der Steuerung von Ertüchtigungs- und SSR-Programmen allein zu lassen.



Jan Fuhrmann @fuhrmann_jan 21. März 2017
#Waffenlieferungen im Rahmen von
#Ertüchtigung nicht per se ausschließen,
aber genau hinschauen u. Dilemmata
aktiv managen! @PeaceLab2016



2



7

**Viel wichtiger ist es, SSR-Prozesse
mit politischem Kapital zu begleiten.
Ein persönliches Gespräch mit einem
Minister oder Staatssekretär ist oftmals
wirkungsvoller für wirklichen Wandel
als langangelegte Trainings- und
Mentoringmaßnahmen.**

*Steffen Eckhard,
Ludwig-Maximilians-Universität München,
und Marius Müller-Hennig,
Friedrich-Ebert-Stiftung*

Oft wird es nötig sein, Standards einer „Good Enough Governance“ zu bestimmen, die ein hinreichendes Maß an Rechtsstaatlichkeit in institutioneller wie in normativer Hinsicht garantieren.

Matthias Kötter,
Sonderforschungsbereich 700

Anhaltende Straflosigkeit unterminiert das Entstehen rechtsstaatlicher Strukturen. Auch die alten und neuen Eliten dürfen nicht außerhalb des Gesetzes stehen.

Sabine Kurtenbach,
GIGA Institut für Lateinamerika-Studien

RECHTSSTAATLICHKEIT NEU DENKEN: IN TRANSITIONAL JUSTICE UND GEZIELTE STRAFVERFOLGUNG INVESTIEREN

Auch im Rechtsstaatsbereich verfüge Deutschland international über hohe Anerkennung, so Justizminister Heiko Maas (SPD). Doch was heißt das, wenn die praktische Erfahrung gleichzeitig lehrt, dass Rechtsstaatsförderung – insbesondere mit Blick auf Menschenrechtsschutz – gerade nicht auf den Export westlicher Normen abzielen darf, sondern die Entwicklung indigener Normen aus dem jeweiligen kulturellen Kontext unterstützen muss, um Erfolg haben zu können? Politische Interventionen in Gesetzgebungsprozesse und Rechtspflege seien häufig nicht zielführend, weil sie die natürliche Entwicklung rechtsstaatlicher Institutionen unterminierten, so zum Beispiel Markus Böckenförde (Käte-Hamburger-Kolleg). Gleichzeitig sei zu beachten, dass gewohnheitsrechtliche Mediationsverfahren häufig effektiver und nachhaltiger als das formelle Justizwesen seien.

Auch bei der Aufarbeitung von Gewalt im Rahmen von Transitional Justice sei es wichtig, jegliche Unterstützung von außen an den jeweiligen lokalen und kulturellen Kontext anzupassen. Aufgrund der eigenen Lernprozesse im Umgang mit der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert und seiner hohen internationalen Glaubwürdigkeit sollte sich Deutschland in diesem Bereich stärker engagieren. Dabei sollte Deutschland nie ein bestimmtes „Modell“ von Vergangenheitsbewältigung exportieren, sondern sich darauf konzentrieren, lokale Ansätze zu unterstützen. Die Bundesregierung sollte einen neuen Schwerpunkt auf die Unterstützung von Vergangenheitsbewältigung legen. Eine ressortübergreifende Strategie würde den Rahmen für die Unterstützung komplexer politischer Prozesse und den Aufbau von langfristigen Partnerschaften und Vertrauen schaffen. Die Strategie würde auch die Verbindungen zu anderen Politikfeldern verdeutlichen.

Ein weiterer Strang der Debatte diskutierte die Rolle völkerstrafrechtlicher Instrumente in der Krisenprävention. Gezielte und kohärente Sanktionsregimes von Staaten oder multilateralen Organisationen könnten dazu beitragen, potenzielle Krisen abzuwenden. Auch bei der Strafverfolgung von Kriegsverbrechern auf deutschem Boden sei noch viel zu tun – hier fehlten zum Beispiel Ressourcen beim Generalbundesanwalt, bis Deutschland zumindest vor der eigenen Haustür glaubwürdige Anstrengungen vorweisen könne. Ein entschlossenes Vorgehen gegen Anstifter und Täter – beispielsweise durch Strafverfolgung auf Grundlage des Völkerstrafgesetzbuchs und mit Hilfe des europäischen Haftbefehls – könnte abschreckend wirken.

FRIEDENSEINSÄTZE DER VEREINTEN NATIONEN: MEHR BEITRÄGE MIT KONKRETEM MEHRWERT

Konsens bestand in über 20 Beiträgen und drei Veranstaltungen darüber, dass Deutschland sich intensiver in den Vereinten Nationen einbringen sollte. Die Präventionsarbeit der Vereinten Nationen helfe, politische Krisen einzudämmen bevor es eine militärische Eskalation gebe. Dazu gehöre, dass Deutschland mehr Personal in internationale Organisationen entsende, insbesondere in diejenigen Friedenseinsätze der Vereinten Nationen, in denen deutsche Beiträge einen klaren Mehrwert schaffen könnten.

Notwendig seien vor allem Polizeibeamte und (zivile) Fachkräfte, zum Beispiel Experten für Forensik oder die Bekämpfung des organisierten Verbrechens. Dafür sei dringend ein gemeinsamer Personalpool von Bund und Ländern notwendig, ebenso wie zusätzliche Ausbildungs- und Sprachangebote. Dabei müsse man sich auch auf Risiken einstellen und das eigene Personal nicht gerade dann aus UN-Missionen abziehen, wenn es am meisten gebraucht werde, schrieb Elisa Lux (ehemals Vereinte Nationen). Denn „Blauhelme gehen genau dorthin, wo sonst niemand hinget.“

Wichtig sei es auch, militärische Schlüsselkapazitäten, etwa Aufklärungsdrohnen und Hubschrauberbereinheiten, bereitzustellen. Zu diesem Punkt gab es allerdings auch Meinungsverschiedenheiten. Für die einen ist der integrierte Einsatz ziviler, militärischer und polizeilicher Instrumente durch die Friedenseinsätze der Vereinten Nationen vorbildlich. „Gemeinsam ist besser: In der Operationsplanung, bei der Logistik, in der analytischen, auch selbstkritischen Auswertung von Friedensmissionen. Wenn Fachgrenzen von allen Seiten überschritten werden, sind neue Synergien möglich,“ so Ekkehard Griep (Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen). Gerade für wirksame Frühwarnung und den Schutz der Zivilbevölkerung seien robuste Mandate notwendig, argumentierte zum Beispiel Daniel Maier (UN-Friedensmission in der Demokratischen Republik Kongo). Daher sollten die deutschen zivilen, polizeilichen und militärischen Beiträge zusammen erhöht und besser koordiniert werden.

Demgegenüber standen Sorgen vor einer weiteren „Militarisierung“ der Außenpolitik, wie sie zum Beispiel Stefan Liebich (LINKE) ausdrückte. Christine Schweitzer (Bund für soziale Verteidigung) forderte deshalb die Stärkung rein ziviler, politischer Missionen auch zum Schutz der Zivilbevölkerung sowie den Ausbau des unbewaffneten zivilen Peacekeeping durch Nichtregierungsorganisationen.



Gregor Hofmann @gphofmann 21. März 2017
Sehr wichtigen Punkt macht Dzembritzki (@DGVN_de) hier. Relevanz wird durch angekündigte Kürzungen in US-Beiträgen an die #UNO unterstrichen

PeaceLab2016 @PeaceLab2016
D.Dzembritzki (@DGVN_de) zu #PeaceLab2016:
„Den Vereinten Nationen wesentlich mehr Ressourcen zur Verfügung stellen“
peacelab2016.de/peacelab2016/d...



3



1



Strukturen & Partnerschaften für die Friedensförderung

Strukturen & Partnerschaften für die Friedensförderung

Die PeaceLab2016-Debatte sammelte zahlreiche Impulse dafür, wie die Bundesregierung die Strukturen, Prozesse und Partnerschaften (mit Partnerregierungen in der EU, zivilgesellschaftlichen Akteuren, Implementierungspartnern und Regionalorganisationen) weiterentwickeln kann. Zu den Hauptforderungen gehörten eine gemeinsame Strategieentwicklung und Koordinierung der beteiligten Ressorts, die Schaffung besserer mehrjähriger Finanzierungswege für zivilgesellschaftliche Partner und die Etablierung einer echten Evaluierungs- und Lernkultur.

FRÜHWARNUNG UND KRISENREAKTION („EARLY ACTION“)

Auf dem Blog sowie in einem PeaceLab2016-Workshop am 26. Oktober 2016 wurden die Mechanismen der Frühwarnung und Krisenreaktion kontrovers diskutiert und Vorschläge zu deren Verbesserung gemacht. Ob datenbasierte Vorhersagemodelle eher an der Komplexität von Eskalationspfaden scheitern oder ob die methodischen Fortschritte der letzten Jahre allen Grund geben, solche Technologien weiterzuentwickeln, blieb zwar offen. Expertinnen machten es sich allerdings zu einfach, wenn sie für verpasste Gelegenheiten zur Prävention nur den mangelnden politischen Willen der Entscheidungsträger verantwortlich machten, so Jens Stappenbeck (Genocide Alert). Es gebe durchaus Raum, die Treffsicherheit sowohl quantitativer als auch qualitativer Modelle zu erhöhen.

Konsens war demgegenüber, dass zeitgerechtes Handeln vor allem von einer guten qualitativen politischen Analyse abhängt. Eine Anregung wäre die regelmäßige Erarbeitung und Diskussion möglicher Konfliktsszenarien – etwa in einem ressortübergreifenden Gremium –, um alternative Entwicklungspfade im Blick zu behalten und entscheidende Wendepunkte in einem Konflikt besser zu identifizieren. Die Einbeziehung externer Expertise aus der Zivilgesellschaft und von internationalen Partnern helfe gegen „Groupthink“ bei der Lagebeurteilung. Dazu könnte die Bundesregierung eine neutral moderierte, digitale Vorhersageplattform schaffen, so ein Vorschlag.

Für die rasche Reaktion auf eskalierende Konflikte spielten Diplomaten eine Schlüsselrolle, so mehrere Beiträge. Sie kennen die lokalen politischen Akteure und können sich in politische Prozesse einmischen. Die Bundesregierung solle deshalb mehr und besser vorbereitetes Personal in potenzielle Krisenländer entsenden und ihnen größeren Handlungsspielraum geben.

Deutschland braucht ein Frühwarnsystem, das mehr Austausch zwischen Experten und Entscheidungsträgern zulässt, schnell und unbürokratisch reagiert und unbequeme Warnungen belohnt.

*Christoph Meyer,
King's College London*

Die Bundesregierung braucht mehr Diplomaten in Krisenländern, um die Lücke zwischen Frühwarnung und entschiedenem Handeln zu überbrücken.

*Gerrit Kurtz,
Global Public Policy Institute
& King's College London*

Gemeinsame Kontext- und Risikoanalysen liefern auch die notwendige Orientierung für die Umsetzungsebene in Krisengebieten.

Tanja Gönner,
Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit



PeaceLab2016 @PeaceLab2016 29. Sep. 2016
Ein Nationaler Sicherheitsberater für mehr #Politikkohärenz – @ThielsChristian (@Tagesschau) dazu auf #PeaceLab2016: peacelab2016.de/peacelab2016/d...

🗨️ 5 ❤️ 4

Arnd Henze @arndhenze 29. Sep. 2016
I respectfully disagree: Nicht einmal in USA hat der Sicherheitsberater Kabinettsrang. Und einen Super-Superminister braucht niemand!

🗨️ 3 🔄 4 ❤️ 4

Franziska Brantner @fbrantner 29. Sep. 2016
. @arndhenze @ThielsChristian @PeaceLab2016 Besser: Nationaler Friedensrat, Koalitionsausschuss führt Friedensverträglichkeitsprüfung durch

🗨️ 4 ❤️ 4

Die Bundesregierung sollte Zivilgesellschaft als eigenständigen Partner auf Augenhöhe sehen.

Elisabeth Strohscheidt,
MISEREOR

RESSORTKOORDINIERUNG, POLITISCHE STRATEGIEENTWICKLUNG UND PLANUNG

Eine der größten Erwartungen der PeaceLab2016-Debatte an die Leitlinien bestand darin, effektivere Austausch- und Entscheidungsstrukturen zu etablieren, vor allem zwischen dem Auswärtigen Amt und den Entwicklungs-, Verteidigungs- und Innenministerien.

„Bestmögliches Zusammenwirken für gemeinsame Ziele setzt Zielklarheit, ausgewogene Kapazitäten und Respektierung unterschiedlicher Mandate voraus. Ressort- und Akteursegoismen laufen dem oft zuwider und konterkarieren den Anspruch von Krisenprävention,“ so zum Beispiel Winfried Nachtwei (Beirat Zivile Krisenprävention). Um im Einsatz die reibungslose Kooperation von Bundeswehr, Polizei, zivilen Expertinnen, Entwicklungshelfern und humanitären Akteuren zu ermöglichen, wurden unter anderem eine möglichst umfassende, ressortgemeinsame Ausbildung sowie mehr gemeinsame Übungen vorgeschlagen.

Ausgangspunkt für die Zusammenarbeit zu einem bestimmten Land könnte eine gemeinsame Situations- und Wirkungsanalyse sein. Auf deren Grundlage sollten die Ressorts zukünftig eine gemeinsame politische Gesamtstrategie entwickeln, die gemeinsame Ziele und Mittel festlegen würde, die wiederum regelmäßig ressortgemeinsam ausgewertet und angepasst werden müssten. Mehrfährige Strategiezyklen verbunden mit der Flexibilität zum kurzfristigen Umsteuern würden helfen, sowohl die kurz- als auch die längerfristigen Ziele wirksam zu verfolgen.

Für eine ressortübergreifende Strategieentwicklung brauche die Bundesregierung eingeübte Strukturen und Prozesse. Viele Beiträge unterstützten die Aufwertung des „Ressortkreis Zivile Krisenprävention“ der Bundesregierung, beispielsweise durch Anbindung an die Staatssekretärsebene oder die Schaffung einer neuen, effektiveren Organisationsstruktur. Ein vorgeschlagenes Modell sieht ein politisches Mandat der beteiligten Häuser, klare Führung aus dem Auswärtigen Amt und ein gemeinsames Budget vor. Der ARD-Experte Christian Thiels forderte stattdessen einen parteipolitisch unabhängigen Nationalen Sicherheitsberater im Ministerrat an der Spitze eines Bundessicherheitsrates mit mehr Personal und größeren Kompetenzen gegenüber den Ressorts. Noch weiter ginge die Schaffung eines übergeordneten Nationalen Friedensrates, durch den nicht nur die vier Kernressorts, sondern alle Ministerien dem Gebot der Friedensförderung unterworfen wären.

ZUSAMMENARBEIT MIT NICHT-STAATLICHEN AKTEUREN

Zahlreiche Autorinnen sowie der PeaceLab2016-Workshop am 5. Oktober 2016 befassten sich mit der Rolle der Zivilgesellschaft, sowohl in Deutschland als auch vor Ort. Im Inland sei der Beirat

Zivile Krisenprävention, der Vertreter von Zivilgesellschaft und Wissenschaft versammelt, zwar im Moment eher „schmückendes Beiwerk“, wie Catherine Devaux von Amnesty International bemängelte. Mit einem Budget und einem stärkeren Mandat könne er jedoch zu einem Schlüsselpartner für die Bundesregierung werden, indem er zum Beispiel eigene Expertisen anfertigen oder zu übergreifenden strategischen Fragen Stellung beziehen könnte.

Auch im Ausland sei es entscheidend für staatliche Akteure, durch enge Kontakte mit zivilgesellschaftlichen Partnern aktiv Wissen über die lokale Gesellschaft zu generieren, von den lokalen Partnern zu lernen und ihre Bedürfnisse, Interessen und Potenziale zu berücksichtigen. Grundsätzlich müsse man bereit sein, mit allen Akteuren zu sprechen, selbst wenn sie deutsche Werte nicht teilen. Gleichzeitig sei Umsicht geboten. „Nicht jeder Akteur, der uns zunächst so erscheint, ist auch tatsächlich vertrauenswürdig; es müssen für jedes Gegenüber auch Partikularinteressen und Motive abgefragt werden,“ so zum Beispiel Miriam Müller (Hamburger Institut für Sozialforschung). Deutsche Organisationen müssten ausreichend Zeit und Geld in eine sorgfältige Prüfung und Auswahl lokaler zivilgesellschaftlicher Partner investieren. Auch Religionsgemeinschaften könnten als Friedensakteure auftreten und neben klassischer Zivilgesellschaft könnten Unternehmen nicht nur Geldgeber, sondern ebenfalls aktive Kooperationspartner mit häufig beachtlichem politischem Einfluss sein.

Auf breiten Konsens stieß die mit großem Nachdruck vorgetragene Forderung, Gelder für die Zivilgesellschaft, auch für kleinere Nichtregierungsorganisationen, verlässlicher und für längere Zeiträume zu bewilligen sowie Projekte langfristiger und flexibler zu gestalten. „Politische Veränderungen richten sich nicht nach dem Kalender,“ so zum Beispiel Almut Wieland-Karimi (Zentrum für Internationale Friedenseinsätze). „Die Arbeit mit Verpflichtungsermächtigungen – derzeit der einzige Weg, mehrjährige Projektzusagen zu machen – verschafft zwar eine kleine Abhilfe, löst aber den Widerspruch nicht auf.“ Dafür bedürfe es Änderungen durch den Haushaltsausschuss des Bundestages.

AUSTAUSCH ZWISCHEN WISSENSCHAFT UND POLITIK

Im Kontrast zu der häufig kritisierten Sprachlosigkeit zwischen (Politik-)Wissenschaft und außenpolitischer Praxis brachten sich Wissenschaftlerinnen mit etwa einem Drittel der Blogartikel und reger Workshop-Beteiligung sehr aktiv in den PeaceLab2016-Prozess ein.

In vielen dieser Beiträge wurde allerdings auch das Bedürfnis deutlich, sowohl innerhalb der Wissenschaft als auch mit der Praxis selbstkritischer über die wechselseitigen Ansprüche und den Mehrwert stärkeren Austauschs zu sprechen. Wissenschaftliche Politikberatung könne

Unternehmen müssen dafür sorgen, dass Menschenrechtsverletzungen nicht stillschweigend toleriert werden. Das ist Teil ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten.

*Bärbel Kofler,
SPD*

Richtlinien für die Projektabwicklung müssen eine finanzielle Unterstützung im Kontext restriktiver Gesetze und engmaschiger technologischer Überwachung sicherstellen.

*Katrin Kinzelbach,
Global Public Policy Institute*

Die Friedens- und Konfliktforschung kann nur dann kritischer Stachel im Fleisch der Politik sein, wenn sie relevant ist. Relevant ist sie dann, wenn sie Wissen generiert und dieses auch so aufbereitet, dass es für die Politik praktisch wird. Sonst wird sie einfach ignoriert.

*Nicole Deitelhoff und Christopher Daase,
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung*

**Warum sollten wir nicht
eine jährliche „Peace-Review“-
Konferenz im Berliner Kalender
verankern?**

*Ulrich Schneckener,
Deutsche Stiftung Friedensforschung*

**Angesichts der gemischten Resultate
sollte deutlicher gefragt werden, unter
welchen Bedingungen spezifische
Strategien erfolgreich und sinnvoll sein
können, und unter welchen nicht.**

*Ursula Schröder,
Freie Universität Berlin*

**We need monitoring & evaluation that
create continuous, evidence-based
learning and feedback loops to guide
implementation, inform shifts of
strategy, and track progress toward the
project's goals, even as these goals may
evolve.**

*Andrew Blum,
University of San Diego*

einerseits nur erfolgreich sein, wenn sie ihre Erkenntnisse und Kritik nutzerfreundlich für die Praxis aufbereite. Wenn es Politiker, Parteien und Beamte andererseits ernst meinten mit ihrem häufig geäußerten Wunsch nach mehr und gezielterer evidenzbasierter Beratung, dann müssten sie ihre Arbeitspraxis so reformieren, dass auch unbequeme Erkenntnisse eine Chance hätten, argumentierte zum Beispiel Lars Brozus (Stiftung Wissenschaft und Politik). Daraus ergäben sich möglicherweise auch andere Formate, um diesen Austausch für beide Seiten gewinnbringender zu organisieren, schrieb Christoph Weller (Universität Augsburg).

Wissenschaftler und Praktikerinnen waren sich einig, dass der Erkenntnisbedarf sowohl Angebot als auch Kapazität der relevanten Forschungsdisziplinen und -institute deutlich übersteigt. Der Ausbau der Deutschen Stiftung Friedensforschung oder die Schaffung neuer sicherheitspolitischer Lehrstühle würden die deutsche „Friedens-Infrastruktur“ stärken.

EVALUIERUNGSPRAXIS & LERNKULTUR

„Als NGO-Vertreter, als Diplomatinen und Mediatoren: Wir beeinflussen Konfliktdynamiken. Wir müssen die eigene Rolle reflektieren und wie unser Handeln die Situation beeinflusst: Erst dann können wir fragen, was wirklich notwendig ist, um wirksam Frieden zu fördern,“ formulierte Jonathan Cohen (Conciliation Resources) beispielhaft die Konsensforderung der PeaceLab2016-Debatte nach einer besseren Evaluierungspraxis und Lernkultur. Dies beginnt mit professionellem Wissensmanagement und umfassender Einsatzvorbereitung. Sie erfordert aber mehr: Ehrlich Bilanz zu ziehen und die Umsetzung und Wirkung verschiedener Instrumente kritisch zu evaluieren.

Beim Einsatz von Evaluierungen gilt es neben der Sicherstellung hoher Qualitätsansprüche verbreitete Mythen zu hinterfragen. Zum Beispiel sind nachgelagerte Evaluierungen oft weniger sinnvoll als begleitende Evaluierungen von Projekten und Programmen, wie viele Teilnehmerinnen argumentierten. Durch die Chance zur rechtzeitigen Zwischenbewertung ermöglichten sie wirksames Nachsteuern und damit eine höhere Wirkung insgesamt. Hierfür müssten die Geber enger mit den implementierenden Partnern zusammenarbeiten und mehr in Datensammlung und -analyse investieren. Während einzelne Stimmen beispielsweise eine unabhängige Stelle zur strategischen Evaluierung vorschlugen, genügte anderen die Verankerung einer regelmäßigen, ressortübergreifenden Planung und Auswertung von Evaluierungen.

Gleichzeitig, so mehrere Abgeordnete, fallen die Grundsatzentscheidungen über das deutsche staatliche Handeln (oder Nicht-Handeln) im Parlament. Die beste Evaluierungspraxis entließe die Abgeordneten deshalb nicht aus der Verantwortung, politische Entscheidungen zu bewerten und den gesellschaftlichen Lernprozess zu organisieren.

Fazit: Krisenprävention weiter denken

Nach fast einem ganzen Jahr PeaceLab2016 verabschiedete die Bundesregierung am 14. Juni 2017 ihre Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern.“ Viele Forderungen aus der Debatte finden sich darin wieder – andere nicht.

Die vielen Teilnehmerinnen aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Praxis waren sich nicht immer einig über den besten Weg und die besten Instrumente, um zukünftig „noch besser und effizienter zu werden.“ Trotz der zahlreichen Workshops und Artikel blieben viele Fragen unbeantwortet: Wie soll die Bundesregierung mit Zielkonflikten konkret umgehen? Welche Kompromisse sind klug und vertretbar, welche sind faul? Wie können Forschung und Zivilgesellschaft der Regierung noch besser helfen, den gemeinsamen Ansprüchen gerecht zu werden? Welche Risiken und welche Chancen bieten neue digitale Technologien? Die Leitlinien kündigen Folgeprozesse an, in denen zumindest einige dieser Fragen bearbeitet und debattiert werden sollen.

Damit – in diesem Punkt waren sich viele PeaceLab2016-Teilnehmer wiederum einig – ist es aber noch nicht getan. Die deutsche Außenpolitik braucht eine friedens- und sicherheitspolitische Strategiedebatte: Wieviel ist Deutschland seine internationale Verantwortung insgesamt wert, und welche Logik liegt der Gewichtung zwischen den Etats und Instrumenten für Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik zugrunde? So eine Strategiedebatte braucht mehr Öffentlichkeit als der PeaceLab2016-Prozess, der doch größtenteils unter Expertinnen stattfand. Die Bundesregierung kann dazu beitragen, indem sie ihre eigene Politik stärker kommuniziert. Auch der Bundestag könnte das Thema deutlich aufwerten, zum Beispiel mit einer regelmäßigen Generaldebatte zur Friedens- und Sicherheitspolitik.

Damit diese Debatte mit Leben gefüllt bleibt, müssen sich auch Praktiker und Expertinnen in Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Durchführungsorganisationen noch stärker vernetzen, mit den politischen Gestaltern austauschen und ihre Empfehlungen an die richtigen Stellen herantragen. Die geplante „PeaceReview“-Konferenz der Deutschen Stiftung Friedensforschung und des Beirats Zivile Krisenprävention Anfang 2018 kann Impulse für diese neue Phase der Debatte setzen. Die im PeaceLab2016 angestoßene Diskussion hat also gerade erst begonnen. Auch zukünftig wird es notwendig sein, „Krisenprävention weiter zu denken.“

Bislang haben weder Politik noch Wissenschaft hinreichend gute Antworten auf diese Herausforderungen gefunden.

*Elisabeth Strohscheidt,
MISEREOR*

Die Bundesregierung darf Kommunikation nicht mehr als ein Nebengeschäft sehen, sondern als notwendige Bedingung für ihre Politik.

*Sarah Brockmeier,
Global Public Policy Institute*

**Wie hat Ihnen diese Zusammenfassung gefallen? Wir freuen uns auf Ihr Feedback:
peacelab2016.de/umfrage**

Beiträge auf dem PeaceLab2016-Blog

Zivil, frühzeitig und langfristig: Krisenprävention weiter denken

von Frank-Walter Steinmeier (Bundesminister des Auswärtigen)

**Langfristiger, politischer und kohärenter:
Wir brauchen einen Nationalen Friedensrat**

von Franziska Brantner MdB (Bündnis 90/Die Grünen)

**Interessengeleitet, strategisch und priorisiert:
Für eine realistische zivile Krisenprävention**

von Roderich Kiesewetter MdB (CDU)

**Präventiver, strategischer, substantieller:
Krisenprävention weiterentwickeln**

von Niels Annen MdB (SPD)

**Zivile, gewaltfreie Konfliktbearbeitung stärken statt
für Militärisches vereinnahmen!**

von Kathrin Vogler MdB (DIE LINKE)

**Mit mehr Mitteln für Prävention den Primat der
zivilen Ansätze stärken**

von Martina Fischer (Brot für die Welt)

**Trusted in the East, Germany should lead more in
the South**

by Jean-Marie Guéhenno (International Crisis Group)

**Vorrang für gewaltfreie Intervention: Das zivile
Peacekeeping stärker nutzen!**

von Christine Schweitzer (Bund für soziale Verteidigung)

Krisenprävention weiter denken

von Philipp Rotmann (Global Public Policy Institute)

**Die Konfliktbearbeitung muss militärische und zivile
Mittel klarer trennen**

von Corinna Hauswedell (Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft)

Krisenhäufung ohne Ende: Schneller besser werden!

von Winfried Nachtwei (Beirat Zivile Krisenprävention)

**Zutaten eines erfolgreichen Ansatzes: Ressort-
übergreifender Wille zum Handeln, Lernen, und
Durchhalten**

von Bodo von Borries (VENRO)

**Lehren aus Afghanistan: Raum für Gesellschafts-
reformen schaffen**

von Michael Daxner (SFB700)

**Mehr deutsches Personal für Friedenseinsätze der
Vereinten Nationen**

von Daniel Maier (MONUSCO)

**Leitbild „Gemeinsame Sicherheit“: Das Friedens-
gebot des Grundgesetzes konkretisieren**

von Ulrich Frey (Plattform Zivile Konfliktbearbeitung)

Germany should prioritize mass atrocity prevention

by Simon Adams (Global Centre for the Responsibility to Protect)

**Prioritäten, Voraussetzungen und Gestaltungs-
ansätze erfolgversprechender Krisenprävention**

von Hans-Joachim Giessmann (Berghof Foundation)

**Deutsches Tandem für Krisenprävention: Multilaterale
Friedenseinsätze und proaktive Friedenspolitik**

von Almut Wieland-Karimi (Zentrum für Internationale Friedenseinsätze)

**Creating Fit-for-Purpose Peacebuilding Evaluation:
Three Key Investments**

by Andrew Blum (University of San Diego)

**Aus Erfahrung lernen: Transformationsprozesse als
Lernprozesse verstehen**

von Cornelia Brinkmann (Steps for Peace)

**Deutsche Selbstlähmung beenden: Aktiv handeln und
alle Optionen prüfen**

von Klaus Naumann (ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr)

Paris to Berlin: Just Do It!

by Manuel Lafont Rapnouil (ECFR Paris)

Keine Angst vor Evaluierungen!

von Andreas Wittkowsky (Zentrum für Internationale Friedenseinsätze)

**Ausweg oder Sackgasse? Die wachsende Verzahnung
von humanitärer Hilfe und Friedensarbeit**

von Marina Peter (Sudan und Südsudan Forum)

**Wie eine bessere deutsche Afghanistanpolitik
aussehen sollte**

von Michael Daxner (Sonderforschungsbereich 700 der FU Berlin)

Eine feministische Außenpolitik für Deutschland!

von Sonja Schiffrers und Vera Lamprecht (Polis180)

**Mein Freund der Warlord: Wer mit Militärs
zusammenarbeitet, sollte sich seine Freunde gut
aussuchen**

von Steffen Eckhard (LMU München) und Marius Müller-Hennig (Friedrich-Ebert-Stiftung)

**Diplomaten an die Front! Krisenprävention braucht
das richtige Personal**

von Gerrit Kurtz (King's College London)

**Eine Chance für mehr zivile Mittel, Politikkohärenz
und Menschenrechte**

von Elisabeth Strohscheidt (MISEREORE)

Militäreinsätze bringen keinen Frieden

von Wolfram Rohde-Liebenau (Ökumenisches Netz Bayern)

Relationship advice for crisis managers

by Richard Gowan (European Council on Foreign Relations)

**Wegweiser Agenda 2030: Die Bundesregierung
braucht einen Konflikt-TÜV!**

von Christoph Bongard (Forum Ziviler Friedensdienst)

**Kein Blick in die Kristallkugel: Early Action durch
bessere Kommunikation und Entscheidungsorgani-
sation**

von Christoph Meyer (King's College London)

Tough but essential: Germany's political engagement with crisis prevention in Africa

by *Comfort Ero (International Crisis Group)*

Krisenprävention aus Sicht des Bundesministeriums des Innern (BMI)

von *Thomas de Maizière (Bundesminister des Innern)*

Entwicklung ist der Schlüssel zur Vermeidung und Bewältigung von Krisen

von *Gerd Müller (Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)*

10 Tips for Increasing Political Engagement for SSR

by *Thammy Evans (Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces, DCAF)*

Ein Nationaler Sicherheitsberater – nur Zeremonienmeister oder Schlüsselfigur für eine ganzheitliche Sicherheitspolitik?

von *Christian Thiels (ARD)*

„It's the prevention, stupid!“ Bausteine für ein besseres deutsches Krisenengagement

von *Almut Wieland-Karimi (Zentrum für Internationale Friedenseinsätze)*

Eine verlorene Generation? Warum sich Investitionen in die Jugend lohnen

von *Christoph Abels (Polis180)*

A New Agenda for Peace: Start with a Look in the Mirror

by *Jonathan Cohen (Conciliation Resources)*

Zivile Krisenprävention verbessern: Der Beitrag der Friedens- und Konfliktforschung

von *Nicole Deitelhoff und Christopher Daase (HSFK, Goethe-Universität Frankfurt am Main)*

Der vernetzte Ansatz: Was Deutschland von den Vereinten Nationen lernen kann

von *Ekkehard Griep (Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen)*

Towards An Integrated Approach to Conflicts and Crises: Germany's Central Role in European Conflict Prevention, Stabilization and Peacebuilding

by *Helga Maria Schmid (European External Action Service)*

„Ertüchtigung“ kritisch überprüfen: Keine Militärfinanzierung auf Kosten von Entwicklung

von *Martina Fischer (Brot für die Welt)*

Die Prävention von Massenverbrechen muss Priorität sein!

von *Gregor Hofmann (HSFK)*

Verzweifelt gesucht: Deutsche Polizei

von *Edelgard Bulmahn MdB (SPD)*

A Double-Edged Sword: Targeted Sanctions as a Crisis Prevention Tool

by *Marcos Tourinho (Fundação Getúlio Vargas)*

Krisenprävention von den Zielen her denken

von *Ursula Schröder (Freie Universität Berlin)*

Der kulturellen Dimension der Friedensförderung mehr Beachtung schenken!

von *Matthias Neef (Deutsche UNESCO-Kommission)*

Wie Menschenrechtsarbeit Konfliktursachen bekämpfen kann

von *Beate Rudolf (Deutsches Institut für Menschenrechte)*

Deutschlands neue Verantwortung: Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung

von *Stefan Liebich MdB (DIE LINKE)*

Ein Thema für die Leitlinien: Abrüstung und Rüstungskontrolle

von *Ute Finckh-Krämer MdB (SPD)*

Der „Primat des Politischen“: Was tun, wenn Ordnung zerfällt und Krisen sich häufen?

von *Klaus Naumann (Hamburger Institut für Sozialforschung)*

„Aktion für den Frieden – statt Reaktion auf Krisen“

vom *Konsortium Ziviler Friedensdienst*

Mehr Wissenschaft für bessere Politik? Hürden, Optionen und etwas Evidenz

von *Lars Brozus (Stiftung Wissenschaft und Politik)*

Projektumsetzung in Krisengebieten: Herausforderungen, Lernerfahrungen, Perspektiven

von *Tanja Gönner (GIZ)*

“Business as usual” wird nicht reichen – Ein Plädoyer für die Stärkung internationaler Polizeieinsätze

von *Annika Hansen (Zentrum für Internationale Friedenseinsätze)*

Geographische Schwerpunktsetzung – einen Anfang wagen!

von *Mathias Krämer (Universität der Bundeswehr Hamburg)*

Geschlechterperspektive durchgehend in Leitlinien integrieren – Zugang zu Menschenrechten für Frauen fördern

von *Anne Renzschmid (Deutsches Institut für Menschenrechte)*

Zivil-militärisches Krisenengagement: Neue Wege gehen, alte Hürden überwinden

von *Ursula von der Leyen (Bundesministerin der Verteidigung)*

Geduldige Zimmermannsarbeit: Den Dialog zwischen Friedensforschung und Politik produktiver gestalten

von *Ulrich Schneckener (Deutsche Stiftung Friedensforschung)*

Reaktion: Gegen den vernetzten Ansatz

von *Jan Gildemeister (Aktiongemeinschaft Dienst für den Frieden)* und *Wolfgang Burggraf (Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden)*

Krisenprävention: Unsere Verantwortung als Parlamentarier

von *Andreas Nick MdB (CDU)*

Und wir sprechen doch dieselbe Sprache!

von *Andreas Steinmetz (Bundeswehrverband)*

Europäisch und abgestimmt: Zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung als Markenkern unserer Außenpolitik

von *Thorsten Frei MdB (CDU)*

Privatwirtschaft systematisch in Krisenprävention und Friedensförderung integrieren

von *Isabel Ebert (Business & Human Rights Resource Centre)* und *Maximilian Spohr (Friedrich-Naumann-Stiftung)*

Unsichtbares Nischenthema? Wer nicht streitet hat schon verloren!

von *Sarah Brockmeier (Global Public Policy Institute)*

Von Elefanten und Papiertigern in der Friedensmediation

von *Lars Kirchhoff, Anne Isabel Kraus und Julia von Döbeneck (Center for Peace Mediation)*

Was wir von uns lernen sollten:

Rechtsstaatszusammenarbeit neu denken

von *Markus Böckenförde (Centre for Global Cooperation Research)*

Form follows function – auch in der internationalen Friedensförderung!

von *Peter Mares (ifj)*

Ohne Demokratie keine Menschenrechte und kein Frieden

von Katrin Kinzelbach (Global Public Policy Institute)

Nur mit Kontext und Akteuren: Damit Instrumente auch so wirken, wie sie sollen!

von Miriam M. Müller (Hamburger Institut für Sozialforschung)

No peace without peace education and education reform

by Katja Anger (OECD)

Globalisierung gerechter gestalten: Was Wirtschaftspolitik zur Krisenprävention beitragen kann

von Sigmar Gabriel (Bundesminister für Wirtschaft und Energie)

Mut zu mehr Prävention: Eine Zwischenbilanz des PeaceLab-Prozesses

von Frank-Walter Steinmeier (Bundesminister des Auswärtigen)

Die Förderung von Rechtsstaatlichkeit: Nachhaltige Krisenprävention im deutschen Interesse

von Matthias Kötter (WZB)

Reflexion und Selbstbindung: Was Deutschland mit den Leitlinien gewinnen kann

von Jörn Grävingholt (Beirat Zivile Krisenprävention)

Lokal ansetzen: Beispiele für erfolgreiche zivile Konfliktbearbeitung aus der Praxis

von Thomas Rößer (DVV International)

Ein neuer Fixpunkt für die Krisenprävention: Afrikas Jugend

von Isabel Pfaff (SZ)

Stabilisierung in akuten Krisen: Strategisch, eigenständig und komplementär

von Philipp Reder (GIZ), Sven Schneider (AA) und Robin Schroeder (ISPK)

Haltung zeigen: Mit langfristiger Politikkohärenz Menschenrechte schützen und Frieden fördern

von Catherine Devaux (Deutsche Sektion von Amnesty International)

Zentral für die Krisenprävention: Ein weltweites Atomwaffenverbot

von Susanne Grabenhorst und Xanthe Hall (IPPNW)

Friedensförderung: Ein Konzept für die deutsche internationale Politik – kein Instrument des Krisenmanagements

von Cay Gabbe (Bundesbeamter im Ruhestand)

Höchste Priorität für Friedenssicherung durch Konfliktprävention

von Otmär Steinbicker (Darmstädter Signal)

Konditionalität als Mittel zur nachhaltigen Transformation

von Valeska Esch (Aspen Institute)

Augen auf bei der Partnerwahl! Regionalorganisationen als Partner für die Friedenssicherung

von Ingo Henneberg (Universität Freiburg)

Von der Notfallbehandlung zur Vorsorge: Krisenprävention und Friedensförderung stärken

von Rüdiger König (Auswärtiges Amt)

„Den Vereinten Nationen wesentlich mehr Ressourcen zur Verfügung stellen“

von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN)

Frühwarnung weiter denken: Errichtung einer digitalen Vorhersageplattform

von Jens Stappenbeck (Genocide Alert)

Krisenprävention und Rüstungslieferungen: Von der Notwendigkeit, genau hinzuschauen

von Sebastian Nieke und Jan Fuhrmann (BSH)

Ressortzusammenarbeit aus Sicht eines Offiziers der Bundeswehr: Für ein besseres Miteinander

von Marcel Bohnert (Bundeswehr)

Stürmische Zeiten am East River: Deutsches Engagement dringend gebraucht

von Céline-Agathe Caro, Dustin Dehez, Patrick Keller und Jana Puglierin (KAS)

To Prevent another Syria, the World Needs German Leadership

by Tod Lindberg (Hoover Institution)

Milliarden statt Millionen für zivile Konfliktlösung: Antwort auf Marcel Bohnert

von Lutz Krügener (Landeskirche Hannover)

Krisenprävention bedarf reflexiver Formen der Außenpolitikberatung

von Christoph Weller (Universität Augsburg)

Wie ein Frieden verspielt wird: Das Beispiel El Salvador

von Sabine Kurtenbach (GIGA Institut für Lateinamerika-Studien)

Will 2017 Be a Watershed Year for Prevention at the Service of Peace?

by Youssef Mahmoud (International Peace Institute)

Die Welt zu Gast im deutschen Wahlkampf: Zwei Prozent mehr Ideen?

von Philipp Rotmann (Global Public Policy Institute)

Wie Deutschland syrische Kriegsverbrecher vor Gericht stellen kann

von Pauline Brosch (Global Public Policy Institute)

Ohne Diplomaten keine diplomatischen Lösungen

von Sarah Brockmeier (Global Public Policy Institute)

Deutsches Engagement in Mali: Hilfe an politische Forderungen knüpfen

von Melanie Hauenstein (Zentrum für Internationale Friedenseinsätze)

Friedensförderung: Die Expertise religiöser Akteure nutzen!

von Markus Weingardt (Stiftung Weltethos)

Development as an Ecosystem: How Aid Programs Can Stimulate Change

by Erwin van Veen (Clingendael Institute)

Moving from Peacekeeping to Prevention at the UN: Opportunities for Europe

by Richard Gowan (European Council on Foreign Relations)

Krisenprävention und Menschenrechtsschutz – zur Rolle von Unternehmen

von Bärbel Kofler MdB (SPD)

Internationale rechtliche Zusammenarbeit für zivile Krisenprävention und Konfliktnachsorge

von Heiko Maas (Bundesminister für Justiz und Verbraucherschutz)

Ein „Verzahnungsdogma“ in der Krisenprävention wäre schädlich

von Bärbel Dieckmann (Welthungerhilfe)

Das Ende westlicher Arroganz

von Thorsten Benner (Global Public Policy Institute)

Deutschlands Verantwortung in der Welt? Friedensförderung!

von Brot für die Welt, Misereor, Forum Menschenrechte, Plattform Zivile Konfliktbearbeitung und Konsortium Ziviler Friedensdienst

Mission Impossible? Lessons from UN Peacekeeping in South Sudan

by Elisa Lux (ehem. Vereinte Nationen)

Managing Conflict, Building Peace: Opportunities for Europe and India

by Garima Mohan (Global Public Policy Institute)

Aus dem „PeaceLab“ in die Praxis: Die Leitlinien als Kompass

von Sigmar Gabriel (Bundesminister des Auswärtigen)

Übersicht von PeaceLab2016-Veranstaltungen

JULI	Auftaktveranstaltung PeaceLab2016: Krisenprävention weiter denken <i>Auswärtiges Amt, Berlin, 5. Juli 2016</i>	OKTOBER	Perspektiven des zivil-militärischen Krisenmanagements <i>Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) & Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), Berlin, 12. Oktober 2016</i>	NOVEMBER	Machtteilung in Nachkriegs- und Nachkrisengesellschaften <i>German Institute of Global and Area Studies (GIGA) & Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Hamburg, 16. November 2016</i>
	Implementing the SDGs in Fragile Countries <i>Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) & Civil Society Platform for Peacebuilding and Statebuilding (CSPPS), Berlin, 8. Juli 2016</i>		Stabilisation of (Post-)Conflict Zones: Perspectives of International Organizations & Implications for Germany <i>Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK) & Vesalius College, Brüssel, 13. Oktober 2016</i>		Zwischen Anspruch und Wirklichkeit: wie werden politische und soziale Zielsetzungen in Krisengebieten umgesetzt? <i>Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Welthungerhilfe (WHH), Help – Hilfe zur Selbsthilfe & Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Berlin, 17. November 2016</i>
	Leitbild Friedensgestaltung in den neuen Leitlinien <i>Evangelische Akademien & Beirat Zivile Krisenprävention, Berlin, 6. September 2016</i>		Stabilization Instruments Revisited: Increasing the Likelihood of Positive Impact <i>Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), Berlin, 19. Oktober 2016</i>		Eckpunkte deutscher Friedensmediation und Mediationsupport <i>Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), Berlin, 22. November 2016</i>
SEPTEMBER	Agenda 2030, ziviles Krisenengagement und Friedensförderung <i>Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Berlin, 8. September 2016</i>	OKTOBER	Preventing Crises, Preventing Atrocities: Lessons & Opportunities for Transatlantic Cooperation <i>Global Public Policy Institute (GPPi), Genocide Alert, Stanley Foundation & US Holocaust Memorial Museum, Berlin, 20. Oktober 2016</i>	NOVEMBER	Fachgespräch Leitlinien Krisenengagement und Friedensförderung <i>Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Berlin, 22. November 2016</i>
	The 'Technocracy Trap' of State-Building – How to Improve the Effectiveness and Legitimacy of Security and Justice Sector Reforms <i>Sonderforschungsbereich (SFB) 700, Berlin, 14. September 2016</i>		Early Warning – Early Action Dialogue on Lessons Learnt and Way Forward for the United Nations <i>Auswärtiges Amt & International Crisis Group, Berlin, 25. Oktober 2016</i>		Youth, Peace & Security: Junge Menschen in der Krisenprävention <i>Global Public Policy Institute (GPPi), Bonn, 26. November 2016</i>
	Pathways to just and sustainable peace: How can international actors support transitional justice processes? <i>Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt), Berlin, 27. September 2016</i>		Early Warning – Early Action Workshop on Missed Opportunities on Early Warning in Burundi and South Sudan <i>Auswärtiges Amt, Global Public Policy Institute (GPPi) & Foresight Intelligence, Berlin, 26. Oktober 2016</i>		How Germany can prevent the next refugee crisis <i>Körber-Stiftung, Auswärtiges Amt & Global Public Policy Institute (GPPi), Berlin, 29. November 2016</i>
OKTOBER	Zivilgesellschaft als Akteur zur Prävention von Gewaltkonflikten und für Friedensförderung <i>Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, Forum Menschenrechte, Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) & Konsortium Ziviler Friedensdienst, Berlin, 5. Oktober 2016</i>	NOVEMBER	Krisenprävention und Rüstungslieferungen – Passt das zusammen? <i>Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH), Heidelberg, 27. Oktober 2016</i>	DEZEMBER	Leitlinien Konfliktprävention / Friedensförderung <i>Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg, 5. Dezember 2016</i>
	Deutschland in den Vereinten Nationen: Erwartungen – Möglichkeiten – Ziele <i>Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) & Deutsche Atlantische Gesellschaft (DAG), Berlin, 5. Oktober 2016</i>		Friedens- und Konfliktforschung im Dialog <i>Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) & Beirat Zivile Krisenprävention, Berlin, 8. November 2016</i>		Enhancing Women's Leadership for Sustainable Peace in Fragile Contexts in the MENA Region <i>Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) & UN Women, Berlin, 13. Dezember 2016</i>
	Youth in Conflict <i>Polis180, Berlin, 6. Oktober 2016</i>		The Future of EU crisis management: What expectations for Germany? <i>Friedrich-Ebert-Stiftung (EU Office), Brüssel, 11. November 2016</i>		Irak nach ISIS – Lehren für Krisenengagement und Stabilisierung <i>Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), Berlin, 14. Dezember 2016</i>



Mit finanzieller Unterstützung von



Auswärtiges Amt